

Übersichten

Außenpolitik

* (1)

Ministerpräsident Li Peng besucht Südkorea

Vom 31. Oktober bis zum 4. November 1994 besuchte der chinesische Ministerpräsident Li Peng die südkoreanische Republik und setzte damit eine Politik fort, die mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und Seoul im August 1992 begonnen hatte (Näheres dazu C.a., August 1992, Ü 7) und die seither mit einer Reihe gegenseitiger Besuche, u.a. auch mit der Visite Qian Qichens im Mai 1993 in Seoul fortgesetzt worden war.

Nordkorea zeigte sich über diese als unfreundliche Wende empfundene außenpolitische Öffnung Beijings zu seinem wichtigsten Gegner, nämlich zu Südkorea empört. (Dazu Näheres C.a., Mai 1993, Ü 3)

Trotz solcher Reaktionen, die z.T. bis hin zu militärischen Spannungen reichten, ließ sich Beijing nicht von seinem neuen Kurs abbringen.

Dabei spielten nicht nur kritische Überlegungen gegenüber dem langjährigen "Bruderstaat" Nordkorea eine Rolle (man denke an dessen Austritt aus dem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen im März 1993 (siehe C.a., März 1993, Ü 2), sondern auch wirtschaftliche Kalküle. Statistiken zeigen, daß das Volumen des beiderseitigen direkten Handels zwischen Südkorea und der VR China im ersten Halbjahr 1994 bereits auf 5,94 Mrd. US\$ angestiegen war - eine Zunahme von 29,5% gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres. Insgesamt soll bis zum Jahresende 1994 eine Gesamtsumme von 12 Mrd. US\$ erreicht werden.

Ferner hat China bis heute 3.579 südkoreanische Investitionsprojekte genehmigt, wobei sich die Kontraktsumme auf 2,97 Mrd. US\$ beläuft. (XNA, 2.11.94)

Eine besonders enge Zusammenarbeit besteht im Bereich des Automobilbaus, der zivilen Luftfahrt und bei Farbfernsehgeräten mit besonders klarem Bildschirm.

Bei den Besuchen Li Pengs wurden drei Abmachungen unterzeichnet, nämlich ein "Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Nuklearenergie", ferner ein "Provisorisches Abkommen über den direkten Luftverkehr zwischen beiden Ländern" und ein "Memorandum über die gemeinsame Entwicklung von Flugzeugen für den zivilen Einsatz". (XNA, 1.11.94)

Der Abschluß des Nuklearabkommens war auch ein indirekter Wink an Nordkorea, ähnlich friedliche und kontrollierbare Entwicklungswege zu beschreiten wie Südkorea!

Beide Seiten betonten mehrere Male, daß sie in Zukunft vor allem auf industriellem Gebiet noch enger zusammenarbeiten wollten. Li Peng wandte sich nicht zuletzt an die Mittel- und Kleinindustrie Südkoreas, sich stärker in China zu engagieren.

Außerdem gab Li einige Prinzipien über die beiderseitige Zusammenarbeit bekannt, nämlich (1) friedliche Koexistenz und langandauernde Freundschaft, (2) gegenseitiger Nutzen und Komplementarität, (3) verstärkte Konsultationen zwischen beiden Ländern und (4) gemeinsame Entwicklungen. (XNA, 2.11.94)

Zu Nordkorea bestehen immer noch gespannte Beziehungen. Im August und September verstärkte China angeblich seine Bewachungsbemühungen entlang der Grenze zu Nordkorea, um

einem von dort drohenden Massenexodus nordkoreanischer Flüchtlinge zuvorzukommen. (SCMP, 1.9.94)

Gleichzeitig allerdings begrüßt China die Fortschritte in den nordkoreanisch-amerikanischen Verhandlungen.

Ein kleineres Zugeständnis gegenüber Nordkorea hat die VR China lediglich dadurch gemacht, daß zu dem jetzigen Besuch "nur" Ministerpräsident Li Peng und nicht etwa Staatspräsident Jiang Zemin angereist ist, dessen Visite eigentlich längst an der Reihe wäre, nachdem bereits zwei südkoreanische Präsidenten China besucht haben. -we-

* (2)

Der Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Perry in China: ein weiterer Renormalisierungsschritt

Im März 1994 hatte der amerikanische Außenminister Warren Christopher die VR China besucht und dabei vor allem zwei Fragen, nämlich die Menschenrechte und die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel durch die USA, angesprochen.

Obwohl das damalige Gespräch äußerst kühl verlaufen war, hatten sich gleichwohl fünf konkrete Resultate ergeben, nämlich (1) Fortsetzung der Gespräche auf höchster Ebene, (2) Unterstützung Washingtons für den Beitritt Chinas zum GATT, (3) Wiederherstellung der Kontakte zwischen den Streitkräften beider Seiten und Einrichtung einer Gemeinsamen Kommission für Konversionsfragen, (4) Zulassung eines MiA-Teams in China und (5) Einigung über die Tabuisierung von Produkten aus Gefängnissen für den Export in die USA. (XNA, 15.3.94; C.a., März 1994, Ü 1)

Im Vollzug der unter Punkt 3 getroffenen Vereinbarung kam nun Verteidigungsminister William Perry vom 16. bis 20. Oktober nach China und befand sich dort sogleich im Gespräch mit den Spitzen der chinesischen Führung, nämlich mit Staatspräsident Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng, mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission, Liu Huaqing, Außenminister Qian Qichen und mit Verteidigungsminister Chi Haotian.

Perry war der erste Verteidigungsminister der USA, der seit dem Tiananmen-Massaker wieder nach China ge-

kommen ist. Sein Besuch sollte die Beziehungen zwischen den beiden Streitkräften, die 1989 unterbrochen worden waren, wieder herstellen. Sein Vier-Tage-Besuch war, so gesehen, auch einer der letzten entscheidenden Schritte zur vollständigen Renormalisierung der Beziehungen zwischen beiden Seiten.

In den 80er Jahren hatte es eine intensive Zusammenarbeit zwischen chinesischen und amerikanischen Militärs gegeben, die sich für China militärisch, für die USA aber hauptsächlich finanziell auszahlte. Angesichts der Bereitschaft Rußlands, den Chinesen beinahe jedes gewünschte Rüstungsgut zu verkaufen, hatte die US-Rüstungsindustrie bereits einen Teil ihrer Felle davonschwimmen sehen. Der Besuch Perrys war ein Anlauf, diesen Rückstand wieder wettzumachen und mit den Chinesen erneut profitable Rüstungsgeschäfte aufzunehmen.

Nach außen hin wurde zwar die Unterzeichnung einer "Erklärung über die Prinzipien, die die Arbeit der Gemeinsamen Chinesisch-Amerikanischen Kommission zur Umstellung der Verteidigungsindustrie für zivile Zwecke" als Hauptanlaß für die Perry-Visite angegeben, in Wirklichkeit aber zielten beide Seiten auf die Wiederherstellung von Austauschbeziehungen ab, die viel weiter gingen als diese bloße Konversionspolitik.

Partner Perrys bei der Unterzeichnung dieser Erklärung war der Minister der "Kommission für Wissenschaft, Technologie und Industrie für die nationale Verteidigung", Ding Henggao.

Während Perry wie ein versierter Geschäftsmann um die Gunst der chinesischen "Kunden" warb, benutzten diese jede Gelegenheit, zu versichern, daß die Verteidigungspolitik Chinas rein defensiv sei, daß die Volksrepublik in Zukunft nie nach Hegemonie und Einflußsphären streben wolle und daß sie deshalb auch keine Bedrohung für irgendein anderes Land darstellen könne. Als ein souveräner Staat habe China das Recht, eine legitime Landesverteidigung aufzubauen, sein Militär zu stärken und seine Streitkräfte zu modernisieren.

Beide Seiten seien wichtige Länder im asiatisch-pazifischen Raum und sollten sich gemeinsam darum bemühen, Frieden und Sicherheit dort sicherzustellen.

Auch bei den Gesprächen mit Verteidigungsminister Chi Haotian am zweiten Tag des Besuchs wurde dieses asiatisch-pazifische Sicherheitsthema erneut angesprochen. Chi betonte auch, daß der Besuch Perrys die "Wiederherstellung der Kontakte zwischen den beiden Verteidigungsministerien auf höchster Ebene bedeute". China sei zuversichtlich, daß sich die Beziehungen zwischen den Streitkräften beider Länder durch Pflege der Kontakte, Dialoge und Diskussionen weiter verbessern und zu einer immer engeren Abstimmung führen werde. (XNA, 21. und 22.10.94)

Perry betonte die besondere Verantwortung beider Staaten für die Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum auch bei einer Rede vor 300 Generälen und hohen Offizieren der VBA in der Militärhochschule. U.a. betonte er dabei, daß die USA China nicht als Bedrohung ansähen. Er habe aber an die Chinesen appelliert, mehr Informationen über ihr Verteidigungsbudget und ihre strategischen Vorstellungen bekanntzugeben. Mehr Transparenz werde zur Sicherheit in der Region beitragen. (XNA nach SWB, 19.10.94)

In der Frage der Menschenrechte verließen die Gespräche Perrys, wie schon diejenigen Außenminister Christophers, im Sande. Vor allem Jiang Zemin, der dem Besucher in seiner Eigenschaft als Erster Vorsitzender der Zentralen Kommission begegnete (und zwar in Wuhan), vertrat die inzwischen sattsam bekannte Auffassung, daß China sozialen Grundbedürfnissen wie der Ernährung, der Bekleidung, der Unterkunft und Beschäftigung Vorrang vor bürgerlichen und politischen Individualrechten einräume.

Immerhin gab die chinesische Seite ein Zeichen ihres guten Willens, indem sie den Regimekritiker Liu Nianchun fünf Monate nach seiner Festnahme wieder freiließ, und zwar im Zusammenhang mit dem Perry-Besuch. Liu ist als Mitbegründer der Liga für den Schutz der Arbeiterrechte bekannt.

Fast zur gleichen Zeit forderten 58 Kongreßmitglieder in Washington, daß der 15 Jahre lang inhaftierte Dissident Wei Jingsheng im kommenden Jahr für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen werden solle.

Von Liu Huaqing wurde Perry als "alter Freund des chinesischen Volkes" begrüßt. (XNA nach SWB, 19.10.94)

Kurz vor dem Eintreffen Perrys in China war der amerikanisch-chinesische Raketentest eingestellt worden, der im August 1993 einen neuen Höhepunkt erreicht hatte. Damals ging es um die von den USA behaupteten chinesischen Raketenlieferungen Chinas nach Pakistan. Die USA hatten in diesem Zusammenhang Sanktionen gegen die VRCh verhängt, die, wie Washington behauptete, sich auf den internationalen Vertrag gegen die Verbreitung von Raketentechnologie stützten und in deren Gefolge die Ausfuhr von elektronischen Produkten sowie von Computern und militärisch nutzbaren Waren nach China verboten wurde.

Am 4. Oktober 1994 waren die beiden Außenminister Qian Qichen und Warren Christopher in Washington zu einer Vereinbarung gekommen, derzufolge China sich verpflichtete, alle Ausfuhr von Raketen oder Raketenteilen, die eine Reichweite von mindestens 300 km und eine Nutzlast von mindestens 500 km überschritten, einzustellen. Im Gegenzug wollten die USA die Sanktionen vom August 1993 wieder einstellen, hieß es. (XNA, 6.10.94)

Allerdings behalte sich die amerikanische Regierung das Recht vor, die Sanktionen bei Verstößen gegen die Abmachung jederzeit wieder zu erneuern.

Washington hatte Beijing vorgeworfen, Teile einer weiterentwickelten Version der sowjetischen Scud-Rakete an Pakistan zu liefern und das Land damit in die Lage zu versetzen, Indien mit Nuklearwaffen anzugreifen. Pakistan hatte demgegenüber den Standpunkt vertreten, daß die in Frage stehenden M-11-Raketen für solche Absichten weder die Reichweite noch die Tragkraft besäßen.

Qian Qichen hatte die Abmachung mit seinem Amtskollegen im Anschluß an seine Teilnahme an der UNO-Vollversammlung getroffen. Anschließend hatte er noch Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch mit US-Präsident Clinton erhalten. (XNA, 6.10.94)

Im Anschluß an seine Rückkehr nach China hatte Qian die Meinung geäußert, daß in Zukunft wohl mehr amerikanische Geschäftsleute wieder am Handel mit China teilnähmen. Lange Zeit habe die US-Regierung die Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Unternehmen auf dem chinesischen

Markt dadurch beeinträchtigt, daß sie "Hindernisse ausgelegt" habe. In Zukunft möge es "less trouble and more cooperation" geben, betonte er. (XNA, 11.10.94)

Von all diesen vorausgegangenen diplomatischen Aktivitäten profitierte der amerikanische Verteidigungsminister bei seinem Chinabesuch.

Die wiederhergestellten freundschaftlichen Kontakte wurden auch durch eine Visite Perrys in der zentralchinesischen Stadt Chongqing unterstrichen. Dort nämlich besuchte Perry das Stilwell-Museum und erinnerte damit an die frühere Waffenbrüderschaft zwischen Chinesen und Amerikanern. Der amerikanische General George Stilwell war in den 40er Jahren Militärberater der chinesischen Regierung im Krieg gegen Japan gewesen, hatte sich dabei allerdings extrem kritisch gegenüber seinem Partner Jiang Jieshi geäußert und Sympathien für die chinesischen Kommunisten erkennen lassen. -we-

***(3)
Beifall für das Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien**

Am 17. Oktober unterzeichneten Jordanien und Israel ein Übereinkommen zur Verteilung von Wasser sowie zur Grenzdemarkation, womit entscheidende Voraussetzungen für ein Friedensabkommen zwischen beiden Seiten geschaffen wurde.

Beijing begrüßte diese Erfolge und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die beteiligten Parteien im Nahen Osten weiterhin Anstrengungen für eine umfassende und gerechte Friedensordnung in dieser Region unternehmen. Offensichtlich war damit auch Syrien angesprochen. -we-

***(4)
Kummer mit Südafrika**

Als Mandelas ANC im Frühjahr 1994 die Wahlen in Südafrika gewann und damit das Ende des Apartheidregimes endgültig eingeläutet war, klatschte kaum ein anderer Staat lauter Beifall als die VR China. Beijing war sich auch sicher, daß Südafrika, das bis dahin diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten hatte, nun mit fliegenden Fahnen zur VRCh überlaufen und dort eine Botschaft errichten wür-

de, zumal Mandela noch im August 1993 betont hatte, daß er und seine Partei niemals vergessen könnten, daß Taiwan ununterbrochen den Rassismus und die Apartheid in Südafrika unterstützt, die VRCh sich dagegen stets als alter Freund erwiesen habe. (XNA, 18.8.93)

In der Praxis freilich läßt sich das neue Südafrika Zeit mit seinem diplomatischen Schwenk. Obwohl Südafrika inzwischen überall in Asien Botschaften eröffnet hat, wartet man vergeblich darauf, daß die südafrikanische Flagge nun auch über Beijing weht. Bezeichnenderweise erhielt Taiwans Präsident Li Denghui eine Einladung zur Amtseinführung Präsident Nelson Mandelas - eine Geste, die in Beijing offensichtlich auf Kritik stieß, obwohl sich die VRCh äußerlich nichts anmerken ließ.

Unabhängig von den politischen Problemen sind aber die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen in Gang gekommen. Im März 1994 fand die erste südafrikanische Messe unter Beteiligung von Betrieben aus dreißig Bereichen wie Bergbau, Maschinenbau, Chemie, Verhüttungs- und Elektronenindustrie, Transport, Textilien und Umweltschutz in Beijing statt. Südafrika ist ferner ein wichtiger Lieferant für Eisenerz und Stahl nach China und kauft dort billige Konsumgüter, Textilien und Spielzeuge ein. Doppelt so groß freilich ist der südafrikanische Außenhandelsumsatz mit Taiwan: Alte Beziehungen rosten eben nicht vom einen auf den anderen Tag!

Wenn das neue Südafrika nur irgendwie könnte, nähme es ganz gewiß diplomatische Beziehungen zu beiden Chinas auf. Da dies freilich nicht möglich ist, wird es sich in nächster Zeit irgendwie entscheiden müssen! -we-

***(5)
Wer hat Schuld an der Tragödie in Ruanda?**

In einem Kommentar von Wang Yingying werden vor allem drei Ursachen für die Tragödie in Ruanda verantwortlich gemacht, nämlich einmal die Divide et impera-Politik der früheren belgischen Kolonialmacht, in deren Gefolge sich die Konflikte zwischen den Hutus und den Tutsis verschärft hätten, zweitens die demokratische Regierungsform (sic!), die sich für afrikanische Verhältnisse nicht eigne,

sondern ein weiteres Mal zur Verwirrung beigetragen habe, nicht zuletzt aber der Konflikt zwischen Frankreich und den USA um Einflußsphären in Afrika. (BRu 1994, Nr.42, S.24 f.)

Daß es auch Stammeskonflikte gegeben hat, taucht in der "Analyse" nur am Rande auf. Vor allem aber bleibt das Mitmischen Zaires und seines Präsidenten Mobutu in dem Konflikt völlig unerwähnt. Vom 20. bis 24.10. besuchte Mobutu die VR China. Zumindest in den Xinhua-Berichten blieben Bezeichnungen wie Ruanda oder Burundi in diesem Kontext unerwähnt. Statt dessen war immer nur von harmonischen Beziehungen zwischen China und Zaire die Rede. (XNA, 22. und 23.10.94)

China kann offensichtlich nicht der Versuchung widerstehen, seine Kooperation und seine positiven Beiträge zur Stabilisierung und zur Entwicklung der Wirtschaft immer wieder vor dem Hintergrund der "Einmischungsversuche" westlicher Länder in ein besonders helles Licht zu rücken. Bezeichnend dafür war der Besuch des Stellvertretenden Außenministers Tian Zengpei in vier afrikanischen Ländern vom 23.7. bis zum 6.8., und zwar in Nigeria, Sierra Leone, Liberia und Guinea. China unterstützte, wie Tian dabei immer wieder betonte, die Länder bei der Stabilisierung der politischen Situation und bei der Entwicklung der Wirtschaft. Es hoffe, daß die regionalen Konflikte und Kriege durch friedliche Konsultationen vernünftig gelöst werden können. Kriege und Konflikte brächten den betreffenden Ländern und Regionen nur Verluste und Katastrophen, weshalb die einzig vernünftige Lösung am Verhandlungstisch gefunden werden könne. China respektiere auch die Bekenntnisse der einzelnen Länder zu ihren verschiedenen politischen Systemen, Entwicklungsmodellen und Ideologien. China halte es für falsch, Afrika außer acht zu lassen oder sich in die inneren Angelegenheiten afrikanischer Länder einzumischen ... und ähnliche Gemeinplätze. (Dazu im einzelnen XNA, 29.7.94; 2., 5., 7. und 8.8.94)

Ende August besuchte außerdem Verteidigungsminister Chi Haotian nacheinander Sambia, Tansania und Zimbabwe (21., 24. und 31.8.94). U.a. lud er dabei die Verteidigungsminister dieser Länder nach China ein.

China das konstruktive, der Westen aber das destruktive Element in Afrika - dies ist etwa die Hauptbotschaft, die hinter dieser Diplomatie steht. -we-

Innenpolitik

*(6)

Die Tücken der Personalpolitik: Gegenstimmen im Zentralkomitee und die Rolle der Parteiveteranen

Personalentscheidungen über die Zusammensetzung der Führungsgremien in der Parteizentrale geben immer wieder wichtige Aufschlüsse über die Kräfteverhältnisse in der chinesischen Politik. Der Machtzuwachs der Shanghai- und Qinghua-Seilschaften im letzten Monat hat diese Erkenntnis bekräftigt. (C.a., 94/9, Ü 19) Wie kommen aber die Personalentscheidungen zustande?

Auf der Grundlage bisheriger Forschungsergebnisse und der internen Informationen, die zum überwiegenden Teil in der Hongkonger Presse verbreitet werden (siehe etwa DX, 1994/10, S.6-9), können wir den Ablauf der personalpolitischen Entscheidungsvorgänge im Vorfeld der jüngsten ZK-Plenartagung rekonstruieren. Der Ernennung der neuen Mitglieder des Politbüros bzw. des ZK-Sekretariats sind, wie schon in vergleichbaren Fällen vergangener Jahre, aufwendige Verhandlungen in der Parteispitze und ein mehrstufiges Abstimmungsverfahren vorausgegangen.

1. Personalvorschlag aus der Parteispitze

Vorstöße für die Berufung neuer Kräfte in die Parteizentrale kommen in der Regel aus dem Ständigen Ausschuß des Politbüros und/oder werden von führenden Vertretern der Veteranenkader (etwa Deng Xiaoping, Chen Yun, Peng Zhen oder Song Ping) angeregt. Im jüngsten Fall kam die personalpolitische Initiative offenbar von Generalsekretär Jiang Zemin persönlich, der seine Position durch die Berufung loyaler neuer Kräfte zu unterfüttern beabsichtigt.

2. Unterstützung durch die Veteranenkader

Jiangs Vorstoß fand die Unterstützung der wichtigsten Veteranenkader, denen daran gelegen ist, einen stabilen "Führungskern" für den Fall einer Nachfolgekrise und für die Zeit nach dem Aussterben der Revolutionsveteranen zu errichten.

3. Billigung durch den Ständigen Ausschuß des Politbüros

Die Personalvorschläge wurden daraufhin auch vom Ständigen Ausschuß des Politbüros ohne größere Bedenken akzeptiert und zur Bestätigung für die nächste ZK-Plenartagung vorbereitet.

4. Sondierung auf einer Arbeitskonferenz der Parteizentrale

Im Vorfeld einer ZK-Plenartagung finden stets eine oder mehrere vorbereitende "Arbeitskonferenzen" statt, an denen die wichtigsten Funktionäre aus zentralen und regionalen Führungsgremien teilnehmen. In diesem September sollen etwa 75 Spitzenkader an einer Vorbereitungskonferenz teilgenommen haben. Sie bestätigten nach einigen Diskussionen die von Politbüro und ZK-Sekretariat vorgenommenen Nominierungen.

5. ZK-Plenartagung

a) Testwahl in Gruppensitzungen

Auf der eigentlichen Plenartagung des Zentralkomitees werden die Personalvorschläge zunächst in kleineren Gruppen diskutiert. In diesem Jahr traten zwölf Gruppen zusammen, die jeweils von Vertretern der Zentralorgane, des Militärs und verschiedener provinzenübergreifender Großregionen gebildet wurden. Innerhalb dieser Gruppen findet eine "Vorwahl" (*fenzu yuxuan*) statt, die dazu dient, ein Meinungsbild noch vor der Hauptabstimmung im Plenum zu ermitteln.

b) Überzeugungsarbeit

Wenn sich, wie in diesem Jahr, in einigen ZK-Gruppensitzungen Bedenken gegen die Kandidaten regen (in einzelnen Testwahlen soll ein Drittel der Gruppenmitglieder gegen die Personalvorschläge gestimmt haben), versucht die Parteispitze, mit Hilfe von Appellen und Überredung eine möglichst geschlossene Unterstützung im Plenum sicherzustellen. In diesem Jahr

war das persönliche Eingreifen einzelner noch aktiver Veteranen (Wan Li, Bo Yibo, Song Ping u.a.) nötig. Sie ermahnten die ZK-Mitglieder, sich geschlossen hinter die von der Parteiführung nominierten Kandidaten zu stellen.

c) Abstimmung im Plenum

Nach dieser Überzeugungsarbeit fanden die personellen Veränderungen in der Plenarabstimmung eine klare Mehrheit. Die Zahl der Gegenstimmen (im schlechtesten Falle wurden 38 ablehnende Voten gegenüber 211 zustimmenden registriert) hielt sich in Grenzen.

Die Komplexität der personalpolitischen Entscheidungsprozesse in der chinesischen Führung zeigt, daß die Parteispitze große Vorsicht gegenüber den gewachsenen regionalen, ressortspezifischen, militärischen und patronagebedingten Interessen walten lassen muß, die im Zentralkomitee vertreten sind. Schlußabstimmungen werden äußerst sorgfältig vorbereitet, um vor Überraschungen sicher zu sein. Hierzu ist es notwendig, die Stimmung unter den ZK-Mitgliedern im Vorhinein zu sondieren und gegebenenfalls in persönlichen Gesprächen Druck auszuüben.

Auch die besondere Rolle der Veteranen wird in den oben aufgeführten Vorgängen deutlich. Ohne die Unterstützung der Altrevolutionäre lassen sich personelle Veränderungen zur Zeit weder initiieren noch durchsetzen. Es ist wahrscheinlich, daß es nach dem Ableben der alten Garde für die Parteiführung um Jiang Zemin noch schwieriger wird, politische oder personelle Veränderungswünsche im Zentralkomitee durchzubringen. Es ist durchaus denkbar, daß es dann zu einer anhaltenden Lähmung der Entscheidungsfindung in der Parteizentrale kommt. Dies gäbe den regionalen Führungen Gelegenheit, ihre eigenständigen Gestaltungsmöglichkeiten, die heute zum Teil schon beachtlich sind, auszuweiten. -hei-

*(7)

130 Millionen "Junge Pioniere": Die Kinderorganisation der KPCh

Auf einer Feier zum 45. Jahrestag der Gründung der kommunistischen Kinderorganisation "Junge Pioniere" (die Organisation wurde im Oktober 1949